

Gemeinde Malterdingen

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderates

am 30. April 2019 (Beginn 19:30 Uhr; Ende 22:25 Uhr)

im Bürgersaal des Rathauses Malterdingen

Vorsitzender: Bürgermeister Bußhardt

Zahl der anwesenden Mitglieder: 12 (Normalzahl 13 Mitglieder)

Namen der nicht Anwesenden Mitglieder: Gemeinderätin Schappacher

Schriftführer: Hauptamtsleiter Leonhardt

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Frau Reek, Landratsamt Emmendingen
Herr Beißinger, BruderhausDiakonie
Pfarrer Röskamp und Herr Mähling, Evangelische Kirchengemeinde
Architekt Hess, Architekten Hess-Volk
(alle zu TOP 2)

Nach der Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 17. April 2019 ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am 25. April 2019 ortsüblich bekanntgemacht worden ist und
3. das Kollegium beschlussfähig ist, weil mindestens 7 Mitglieder anwesend sind.

Zur Beratung und Beschlussfassung kommen folgende

Tagesordnungspunkte:

1. Fragen und Anregungen der Zuhörer
2. Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Grundstück Flst.Nr. 380/2, Hauptstr. 120
 - Mögliche zusätzliche Unterbringung einer Einrichtung zum „Betreuten Wohnen“ / Pflegeplätze für Senioren
3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 9. April 2019
4. Bekanntgaben, Verschiedenes
5. Fragen und Anregungen der Gemeinderäte

1. Fragen und Anregungen der Zuhörer

a) Defibrillatoren in Malterdingen

Frau Glaser fragt, ob es in Malterdingen Defibrillatoren gebe, wo diese installiert und ob diese frei zugänglich sind. Sie fragt auch nach der Zuständigkeit und wen man im Notfall zur Hilfe rufen könnte.

Bürgermeister Bußhardt erklärt, dass in der Turnhalle bereit seit Jahren ein Defibrillator vorhanden sei. Bei der Installation wurde vom DRK eine Schulung für alle Vereinsvertreter und die Lehrer der Grundschule durchgeführt. Ob im Rathaus die Installation eines Defibrillators sinnvoll sei, wäre zu überlegen. Direkt gegenüber des Rathauses befindet sich eine Arztpraxis. Die weitere Frage von Frau Glaser, ob der Standort in Malterdingen in der Notfall-App des DRK verzeichnet sei, kann Bürgermeister Bußhardt nicht beantworten.

b) Begegnungsstätte in Malterdingen

Frau Hildwein berichtet vom Wunsch in der Bevölkerung nach einer Begegnungsstätte für Senioren, zum Beispiel in Verbindung mit der neu zu bauenden Kindertagesstätte.

Bürgermeister Bußhardt weist darauf hin, dass man über dieses Thema heute Abend sprechen wolle. Denkbar wäre eine solche Begegnungsstätte auch in Verbindung mit der Gemeindebücherei.

Frau Stöcklin weist auf die Begegnungsstätte der Evangelischen Kirchengemeinde für Senioren hin. Im Jakob-Otter-Haus werde alle vier Wochen donnerstagnachmittags eine solche Möglichkeit für Senioren angeboten.

Frau Hildwein entgegnet, dass die Begegnungsstätte mehrmals in der Woche geöffnet sein sollte.

2. **Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Grundstück Flst.Nr. 380/2, Hauptstr. 120** – **Mögliche zusätzliche Unterbringung einer Einrichtung zum „Betreuten Wohnen“ / Pflegeplätze für Senioren**

Zu diesem Tagesordnungspunkt nehmen die Seniorenbeauftragte des Landratsamtes Emmendingen, Frau Reek, der Regionalleiter der BruderhausDiakonie, Herr Beißinger, Pfarrer Röske und Herr Mähling von der Evangelischen Kirchengemeinde Malterdingen sowie Architekt Hess (Architekten Hess-Volk) an der Sitzung teil.

Die Ausdrucke der beiden Präsentationen von Frau Reek und Herrn Beißinger sind Bestandteil des Protokolls.

Zunächst stellt Frau Reek die Altersentwicklung in Malterdingen vor. Ihre Zahlen beruhen auf der Basis der Pflegerate 2018 und auf den Zahlen des Statistischen Landesamtes vom März 2018. Bis zu Jahr 2035 werde sich danach ein Drittel der Bevölkerung im Rentenalter befinden. Im Landkreis werde bereits im Jahr 2030 ein Fehlbedarf von 284 bestehen. Im Bereich der Verwaltungsgemeinschaft Emmendingen gebe es aktuell 452 stationäre Pflegeplätze. Der Bedarf werde bis 2030 auf 542 Plätze steigen. Dies bedeute ein Fehlbedarf von 90 Plätzen. Der Bedarf an stationären Pflegeplätzen für Malterdinger Senioren werde 2030 bei 30, 2035 bei 34 liegen. Bei den Kurzzeitpflegeplätzen werde der Fehlbedarf bis 2030 im Landkreis bei 104 Plätzen liegen. In der Verwaltungsgemeinschaft Emmendingen werden es 33, und 35 Plätze im Jahr 2035 sein. Bis 2035 werden voraussichtlich 5 Personen eine Tagespflege benötigen. Der Bedarf an Plätzen für Betreutes Wohnen werde 2035 bei 37 liegen. In Malterdingen bestehe nach Aussage von Frau Reek die Tendenz, so lange wie möglich in gewohnter Umgebung zu wohnen. Daher würden hier eher weniger Plätze für Betreutes Wohnen benötigt. Frau Reek erläutert die verschiedenen Wohnformen für Senioren vor (Seniorenwohnungen, Wohnen für Hilfe, Betreutes Wohnen/Servicewohnen, Ambulant betreute Wohngemeinschaft und Pflegeheim). Bei der Schaffung von Einrichtungen für Wohnformen für Senioren sei es elementar wichtig, die Bürgerschaft mit einzubeziehen. Ohne dies würde keines der vorgestellten Modelle funktionieren.

Bürgermeister Bußhardt zeigt anschließend einen Filmbericht der SWR-Landesschau über das Haus Rheinaue in Wyhl – „Das Mitmach-Pflegeheim“. Er berichtet über diese Einrichtung, in der auch die Angehörigen der betreuten Senioren helfend einbringen können. Bürgermeister Bußhardt habe diesbezüglich heute auch mit dem dortigen Bürgermeister gesprochen. Auf dem Grundstück Hauptstr. 120 sei eine solche Einrichtung jedoch nicht möglich. Für Malterdingen müsse eher eine andere Form gefunden werden.

Herr Beißinger stellt die BruderhausDiakonie vor, die sich als Zusammenschluss aus der Stiftung Gustav Werner und der Haus am Berg gebildet hat. Insgesamt werden 10.000 Menschen von 4.500 Mitarbeitern betreut. Die Bruderhaus Diakonie sei unter anderem auch Mitgesellschafterin der Diakoniestation Emmendingen+Freiamt gGmbH. Derzeit betreue die Bruderhaus Diakonie im Landkreis Emmendingen an drei Standorten zwei Personengruppen:

42 stationäre Plätze in Teningen (Altenhilfe)

50 stationäre Plätze in Ottoschwanden und Kenzingen (Sozialpsychiatrie)

5 ambulante Plätze in Ottoschwanden (Sozialpsychiatrie)

Er weist auf die Veränderung der Rahmenbedingungen in der Versorgung älterer Menschen hin. Herr Beißinger erläutert seine Einschätzung der Situation in Malterdingen. Es stelle sich die Frage, was die Gemeinde für die Menschen, die in Malterdingen alt werden, tun kann. Es müsse geklärt werden, ob es bereits einen bestehenden Bedarf gebe. Er könnte sich für Malterdingen eine Senioren-WG als gemeinschaftliches Wohnen mit 8 bis 12 Plätzen vorstellen. Diese Form wäre seiner Meinung nach für Malterdingen am besten geeignet. Vor einer Entscheidung empfehle er auf jeden Fall eine Bürgerbeteiligung, um den Bedarf besser abschätzen zu können. Dies diene auch der besseren Identifizierung der Bevölkerung mit einer solchen Einrichtung, die dann auch mit Leben gefüllt werden müsse. Die Gemeindeverwaltung und der Gemeinderat müssten in dieser Angelegenheit voran gehen. Es müsse ein „Wir-Gefühl“ entstehen.

Bürgermeister Bußhardt erinnert daran, dass die Plätze einer Einrichtung wegen der Wirtschaftlichkeit immer voll belegt sein sollten. Dies bedeute, dass die Plätze nicht nur für Malterdinger zur Verfügung stehen würden.

Auf Frage von Gemeinderat Pfister bestätigt Herr Beißinger die Möglichkeit, dass sich mehrere Senioren finden und sich selbst in einer Senioren-WG organisieren können.

Malterdingen habe das Glück, so Bürgermeister Bußhardt, dass in den Nachbargemeinden Pflegeeinrichtungen bestehen. Daher sei man bisher recht gut versorgt gewesen. Viele Malterdinger würden gerne im Alter in der gewohnten Umgebung bleiben.

Pfarrer Röskamp sieht viele Entwicklungsmöglichkeiten für Malterdingen. Er möchte wissen, ob es seitens der beiden anwesenden Fachleute Empfehlungen für eine Bürgerbeteiligung gebe und fragt nach der Zeitschiene.

Frau Reek berichtet, dass in Riegel ein externer Moderator und ein Stadtplaner für die Bürgerbeteiligung beauftragt worden seien. Dort habe das Beteiligungsverfahren rund ein Dreivierteljahr gedauert.

Herr Beißinger berichtet von einer Prozessdauer zwischen einem halben und bis zu zwei Jahren. In einer Einrichtung sei zwingend ein Begegnungsraum für Jung und Alt erforderlich.

Auf Frage von Pfarrer Röskamp zur zentralen Lage einer solchen Einrichtung antwortet Herr Beißinger, dass es auf die örtliche Situation ankomme und was um die Einrichtung herum erreichbar sei. Er nennt hierzu zum Beispiel Einkaufsmöglichkeiten, Apotheke, Bücherei und verkehrliche Erreichbarkeit für die Angehörigen.

Bürgermeister Bußhardt sieht kein geeigneteres Grundstück als die Hauptstr. 120. Es liege sehr zentral in der geografischen Ortsmitte. Er weist nochmals auf die Förderfähigkeit einer solchen Einrichtung hin und auf die hierfür bestehende Antragsfrist bis Ende September 2019.

Man habe, so Gemeinderat Hirzel, zwei interessante Vorträge gehört. Elementar sei die Beteiligung der Bürger. Er könne sich nicht vorstellen, wie dies bis Ende September 2019 gelingen könne. Offen sei auch, was sich aus der Bürgerbeteiligung ergebe. Daher könne man sich nicht in kürzester Zeit auf etwas festlegen.

Bürgermeister Bußhardt sieht aufgrund der von Frau Reek genannten Zahlen und der Einschätzung von Herrn Beißinger eine Senioren-WG als beste und einzig in Frage kommende Einrichtung für Malterdingen.

Gemeinderätin Grafmüller bestätigt, dass die Sache nun eine gute Entwicklung nehme. Wichte wäre auch nach ihrer Meinung eine Begegnungsstätte wie zum Beispiel das Begegnungscafé in Tutschfelden.

Gemeinderat Pfister bezweifelt ebenfalls, dass eine gute Bürgerbeteiligung bis Ende September funktionieren kann. Zudem käme auch die Alte Schule für eine Seniorenbegegnung in Frage. Man

müsse überlegen, wie man die Gebäulichkeiten gestalten kann, um sich verschiedene Möglichkeiten offen zu halten.

Bürgermeister Bußhardt widerspricht. Im Obergeschoss des geplanten Gebäudes Hauptstr. 120 wäre eine Senioren-WG ohne weiteres möglich. Ein Zuschussantrag sollte auf jeden Fall gestellt werden. Die Bürgerbeteiligung könne immer noch unabhängig davon durchgeführt werden.

Man solle gemeinsam, so Gemeinderätin Schillinger, das für Malterdingen Passende entwickeln. Man müsse den Bedarf überlegen und dann schauen, ob das auf dem Grundstück Hauptstr. 120 realisiert werden kann. Auf eine bestimmte Betreuungsform sollte man sich nicht schon jetzt festlegen. Was allerdings gar nicht in Frage komme, sei ein Wohnheim. Es sei wichtig, die Bürger zu beteiligen. Man müsse Schritt für Schritt ein Malterdinger Modell entwickeln. Heute könnten noch keine Einzel- und Doppelzimmer vergeben werden.

Herr Beißinger hält sowohl das Stellen des Zuschussantrages als auch die Bürgerbeteiligung für wichtig. Man sollte das eine tun, ohne das andere zu lassen.

Bürgermeister Bußhardt weist darauf hin, dass es um 27 % Zuschuss für die Planungs- und Baukosten gehe. Während der Zuschussantrag laufe, könnte die Bürgerbeteiligung stattfinden. Jetzt bestehe die Chance für eine solche Entwicklung.

Architekt Hess erklärt, dass die vorgelegte Machbarkeitsstudie zum Nachdenken anregen solle. Das Grundstück habe die ideale Lage. Die Bezuschussung durch das SIQ-Programm biete sich an. Es sei nicht gut, die Studie einfach in der Schublade liegen zu lassen. Man müsse zunächst schauen, was auf das Grundstück Hauptstr. 120 passe. Auch für Senioren würden Außenflächen und ein Gemeinschaftsraum benötigt. Das Grundstück sei in seiner Größe begrenzt. Man könne ohne weiteres einen Zuschussantrag stellen, in dem nur barrierefreie und seniorengerechte Wohnungen im Obergeschoss vorgesehen seien. Parallel hierzu könnte die Bürgerbeteiligung durchgeführt werden. Es wäre falsch, die Zuschussmöglichkeiten nicht in Anspruch zu nehmen. Für den Förderantrag benötige man nur eine Zielplanung. Ein Seniorentreffpunkt könnte durchaus auch in der Alten Schule verwirklicht werden.

Auf Wortmeldung von Herrn Mähling erklärt Bürgermeister Bußhardt, dass der Gemeinderat schon vor zwei bis drei Jahren beschlossen habe, als Ersatz für bisherige Gemeindewohnungen Sozialwohnungen zu bauen. Bei der Kindertagesstätte sei wegen des Synergieeffektes bereits vorgeschlagen worden, im Obergeschoss Wohnungen zu schaffen. Dieser Wohnraum könnte sowohl betreutes Wohnen, als auch eine Senioren-WG beinhalten. Für den Zuschussantrag werde die Planung bis Ende September benötigt. Die Bürgerbeteiligung hätte Zeit bis nächstes Jahr.

Gemeinderat Sahl fragt, wieso man eine Bürgerbeteiligung durchführen wolle, wenn im schlimmsten Fall kein einziger Malterdinger Bürger in der Einrichtung untergebracht werden könnte.

Gerade um dies zu vermeiden, antwortet Herr Beißinger, sollte eine Bürgerbeteiligung stattfinden. Es gehe hier auch um die Akzeptanz durch die Bevölkerung.

Pfarrer Röskamp bestätigt, dass dadurch die Bürger Teil des Projekts würden.

Gemeinderat Pfister fragt, was passieren würde, wenn eine Senioreneinrichtung trotz genehmigten Zuschusses nicht verwirklicht würde. Eine Bürgerbeteiligung müsste auf solide Füße gestellt werden.

Auch Gemeinderätin Grafmüller fragt, ob der Zuschuss zurückgezahlt werden müsste, wenn abweichend gebaut würde. Die Frist sei zu kurz, um über Millionenbeträge zu entscheiden. Sie sehe ebenfalls, dass sich die Strukturen zur Betreuung von Senioren in Malterdingen künftig verändern werden.

Bürgermeister Bußhardt empfiehlt, das Projekt für den Zuschussantrag so breit wie möglich aufzustellen. Was nicht gebaut werde, wäre aber auch nicht zuschussfähig. Im Übrigen müsse nicht zwingend alles von der Gemeinde finanziert werden. Das Obergeschoss könnte zum Beispiel auch über einen Investor finanziert werden. Eine Bürgerbeteiligung halte er zwar für sinnvoll, letztendlich müssten jedoch die Gemeinderäte entscheiden.

Gemeinderätin Schillinger hält eine frühzeitige Beteiligung für wichtig. Sie müsse breit angelegt werden, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen und um nach Möglichkeiten zu suchen, was zu Malterdingen passt.

Architekt Hess bestätigt, dass die Fördermittel von der Gemeinde auch an Dritte, wie zum Beispiel an einen Investor weitergegeben werden können. Zuschussfähig seien im Wesentlichen der Kauf des Grundstücks und der Bau der Kindertagesstätte. Das Wohnen im Obergeschoss spiele beim Zuschuss keine große Rolle. Es sei daher unerheblich, ob dort Sozialwohnungen oder Seniorenwohnungen entstehen. Die Studie diene auch dazu, mit den Bürgern zu diskutieren. Man könnte die Bürgerbeteiligung in Form eines Bürgerforums oder in Form einer Klausur durchführen.

Gemeinderat Pfister bekräftigt, dass sich alle Gemeinderäte einig seien, an dem Konzept von Hess-Volk weiter zu arbeiten. Für eine Bürgerbeteiligung werde jemand von außen benötigt.

Dies bestätigt Frau Reek. Bei Bedarf könne sie verschiedene Adressen nennen.

Bürgermeister Bußhardt sagt zu, die Bürgerbeteiligung sehr schnell und in Abstimmung mit den Gemeinderäten anzugehen. Er erklärt nochmals, dass reiner Wohnungsbau nicht unter die Förderbestimmungen des SIQ fallen. Dafür gebe es die Wohnungsbauförderung.

Für Gemeinderat Hirzel kristallisiert sich nun heraus, dass für einen Zuschussantrag noch kein fertiges Konzept vorliegen muss.

Bürgermeister Bußhardt erinnert daran, dass er heute nicht nur informieren und diskutieren möchte, sondern dass auch einen Beschluss gefasst werden sollte. Den Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 ergänzt er wie folgt: „... und führt hierzu schnellstmöglich eine Bürgerbeteiligung durch.“

Gemeinderat Hirzel fragt, wieso dann ein ähnlicher Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung behandelt werden soll.

Dies, so Bürgermeister Bußhardt, sei vorsorglich auf die Tagesordnung genommen worden für den

Fall, dass heute keine Entscheidung getroffen würde.

Gemeinderat Schuh fragt, ob dies bedeute, dass die Kindertagesstätte auf jeden Fall dort gebaut werde, wenn heute ein solcher Beschluss gefasst würde. Er erinnert an die Finanzierungskosten von rund acht Millionen Euro und an die anderen Projekte der Studie und deren Kosten.

Bürgermeister Bußhardt erinnert daran, dass sich der Gemeinderat für die Minimallösung entschieden habe und somit den künftigen Mehrbedarf für die Kinderbetreuung auf drei Gruppen beschlossen habe. Er gehe davon aus, dass dies auf dem Grundstück Hauptstr. 120 verwirklicht werden kann. Dieses Grundstück liege im Sanierungsgebiet. Daher würden 60 % der Grunderwerbskosten bezuschusst. Es erfolge lediglich eine Kürzung um die anteilige Wohnnutzung. Außerdem sei wegen der Lage im Sanierungsgebiet für die diskutierten Einrichtungen eine SIQ-Förderung möglich. Die Gemeinden bekämen derzeit langfristige Kredite mit einer dreißigjährigen Laufzeit bei einem Zinssatz von rund 0,5 %.

Auf Vorschlag von Gemeinderätin Krumm wird Ziffer 1 des Beschlussvorschlags wie folgt umformuliert: „Der Gemeinderat strebt die Schaffung von Wohnraum für altersgerechtes Wohnen in Form eines (Mehr-)Generationenhauses mit Seniorentreff an und führt hierzu schnellstmöglich eine Bürgerbeteiligung durch.“

Bürgermeister Bußhardt ergänzt den Beschlussvorschlag noch um die Ziffer 4 mit folgendem Text: „Nach Überarbeitung der Machbarkeitsstudie und vor Stellung des Zuschussantrags wird diese nochmals im Gemeinderat vorgestellt.“

Bei 11 Jastimmen und einer Gegenstimme fasst der Gemeinderat anschließend folgenden **mehrheitlichen Beschluss**:

1. Der Gemeinderat strebt die Schaffung von Wohnraum für altersgerechtes Wohnen in Form eines (Mehr-)Generationenhauses mit Seniorentreff an und führt hierzu schnellstmöglich eine Bürgerbeteiligung durch.
2. Die Architekten Hess-Volk werden beauftragt, die am 15. Januar 2019 in öffentlicher Gemeinderatssitzung vorgestellte Machbarkeitsstudie für eine Kindertagesstätte auf dem Grundstück Flst.Nr. 380/2, Hauptstr. 120, insoweit zu ergänzen.
3. Auf Basis dieser ergänzten Machbarkeitsstudie werden die Architekten HESS-VOLK, Herbolzheim, beauftragt, die für öffentliche Zuschüsse erforderlichen Planungsunterlagen zu erstellen. Hierzu werden die Leistungen der Leistungsphasen 1 – 3 nach HOAI 2013 (Grundlagenermittlung bis Entwurf mit Kostenberechnung) beauftragt. Die Antragsfristen bis 30. September 2019 sind einzuhalten.
4. Nach Überarbeitung der Machbarkeitsstudie und vor Stellung des Zuschussantrags wird diese nochmals im Gemeinderat vorgestellt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom

9. April 2019

Aufgrund einstimmigen Beschlusses des Gemeinderates wird dieser Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen vertagt.

4. Bekanntgaben, Verschiedenes

Bürgermeister Bußhardt hat nichts bekanntzugeben.

5. Fragen und Anregungen der Gemeinderäte

Es werden keine Fragen gestellt.

Ausgefertigt, Malterdingen, den _____

Bußhardt, Bürgermeister

Leonhardt, Schriftführer

Gemeinderat

Gemeinderat